Klaus Riegert
Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzender
Arbeitsgruppe Sport und Ehrenamt
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Klaus Riegert, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Herrn
Michael Kocken
IG Metall Göppingen-Geislingen
Poststraße 14 A - Kaiserbau

73033 Göppingen

Platz der Republik 1
Klaus Riegert
Büro: Paul-Löbe-Haus, Zi. 6.4.35
11011 Berlin
Tel: (030) 227 – 7 34 53
Fax: (030) 227 – 7 01 29
Email:
klaus.riegert@bundestag.de

Wahlkreis
Klaus Riegert
Manfred-Wörner-Straße 144
73037 Göppingen
Tel: (07161) 9866148
Fax: (07161) 9866149
Email:
klaus.riegert@wk.bundestag.de

Berlin, 25. November 2009

Sehr geehrter Herr Kocken,

vielen Dank für Ihr Schreiben und die Resolution der IG Metall Delegiertenversammlung Göppingen-Geislingen zur Aussetzung des Progressionsvorbehalts beim Kurzarbeitergeld.

Die von Ihnen geforderte Maßnahme halte ich für nicht zielführend und außerdem für steuersystematisch nicht folgerichtig. Das Kurzarbeitergeld selbst ist steuerfrei, unterliegt jedoch dem so genannten Progressionsvorbehalt. Der Progressionsvorbehalt dient der Sicherstellung der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit. Wenn bestimmte steuerfreie Einkünfte beim progressiven Verlauf des Einkommensteuertarifs außer Ansatz bleiben würden, hätte dies zur Folge, dass dies nicht nur den Steuerausfall für diese Einkünfte bedeuten würde, sondern eben auch die Anwendung eines niedrigeren Steuersatzes für die übrigen Einkünfte. Genau dies soll aber folgerichtig mit dem Progressionsvorbehalt im Hinblick auf die übrigen Einkünfte vermieden werden. Auch wäre es nicht zu rechtfertigen, den Progressionsvorbehalt nur für das Kurzarbeitergeld aufzuheben, nicht aber für die anderen zahlreichen hiervon ebenfalls betroffen Einkünfte wie z.B. das Arbeitslosengeld oder Insolvenzgeld.

Schon 1995 hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass der Progressionsvorbehalt für Lohnersatzleistungen – hierzu zählt auch das Kurzarbeitergeld – verfassungsgemäß ist. Nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts berücksichtigt der Progressionsvorbehalt „das Leistungsvermögen des Steuerpflichtigen in der verfassungsrechtlich gebotenen Weise“. Es liegt auf der Hand, dass Steuerpflichtige, die im Kalenderjahr neben eigenen Einkünften Lohnersatzleistungen bezogen haben, wirtschaftlich leistungsfähiger sind als Steuerpflichtige, die gleich hohe Einkünfte ohne Lohnersatzleistungen erzielt haben. So das BVerfG.

..2

Fazit: Unter dem Gesichtspunkt einer gerechten Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit im Einkommensteuerrecht ist der Progressionsvorbehalt beim Kurzarbeitergeld nur folgerichtig und dementsprechend beizubehalten.

Nicht teilen kann ich die Aussage in der Resolution, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise „von den Vertretern einer neoliberalen Politik verursacht wurde."
In einem Beitrag habe ich vor einiger Zeit geschrieben: „Die Finanzkrise ist weniger eine Krise der Marktwirtschaft. Sie ist vor allem eine Krise des Staates. Neben der Versicherungsbranche ist weltweit wohl kein Gewerbe so stark reguliert wie das Bankgewerbe. Dies reicht von Zulassungsvorschriften über Eigenkapital- und Liquiditäts-Anforderungen, eingehende Regulierung einzelner Geschäfte wie namentlich des Kreditgeschäftes bis hin zu einer laufenden Überwachung mit Hilfe von Auskünften und Prüfungen. Einlagen unterliegen einem häufig üppigen Versicherungsschutz. Diese besondere Aufsicht wird regelmäßig von einer speziellen Aufsichtsbehörde oder der Notenbank oder in Kooperation von beiden wahrgenommen. Von „entfesselten Marktkräften" kann hier schon im Ansatz nicht die Rede sein. Es besteht vielmehr ein ungewöhnlich festgezurrter Regelungsrahmen. Die Quelle des Problems findet sich in staatlichen und parastaatlichen Institutionen, die sich planwirtschaftliches Wissen anmaßten — nicht etwa in einem freien, „deregulierten" Markt. Ohne die expansive staatliche Geldpolitik und den verfehlten politischen Druck zugunsten laxer Kreditstandards, vor allem in den USA, wäre diese Krise nicht eingetreten. Und es hat sogar – häufig zuerst – Staatsbanken getroffen (Bayern LB in Deutschland, Fannie Mae und Freddie Mac in den Vereinigten Staaten von Amerika), bei denen – zumindest auf dem Papier – eine noch rigidere Kontrolle existierte. Auch die starke Regulierung hat die Banken offenbar nicht von hoch spekulativen Geschäften abgehalten, wie zum Beispiel bei der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW).

Was mag ein Gewerkschafter fühlen, wenn er sieht, dass Frank Bsirske, Michael Sommer, Claus Matecki und Franz-Josef Möllenberg die Aufgabe hatten, die Geschäftsführung und Vermögensverwaltung der KfW zu überwachen? Was denkt ein braver Sozialdemokrat, wenn er liest, dass Ludwig Stiegler, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Matthias Platzek, Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier die größeren Kreditobligos der KfW genehmigen mussten? Was empfinden Christdemokraten, Bauern und Verbraucher, wenn sie hören, dass Gerhard Sonnleitner, Roland Koch, Michael Glos und Horst Seehofer dem Jahresabschluss der KfW zustimmen mussten? Und wenn sich Peer Steinbrück und Oskar Lafontaine in Kapitalismuskritik überbieten, dann wettstreiten zwei weitere Mitglieder eben dieses KfW-Verwaltungsrates miteinander.

..3

Wenn man sich nicht in Sarkasmus flüchten will, dann sollte zumindest jeder Verstaatlichungs-, Enteigungs- und Regulierungsfreund auf das Schwerste erschüttert sein.

Die gegenwärtigen staatlichen Rettungsmaßnahmen laufen Gefahr, die eigentlichen Brandstifter der Krise in Feuerwehrkostümen auftreten zu lassen und neue Brandherde zu legen. Wieder wird politisch verbilligtes Geld in die (noch weitgehend unbekannte) nächste Blase gepustet; schon wieder denken Politiker, sie wüssten besser, wie Landes- oder Privatbankgeschäfte gemacht werden müssen. Eine ordnungspolitisch vernünftige Problemlösung sollte sich langfristig an „neoliberalen Ideen“ orientieren. Hierzu gehört ein durch stabiles Geld und Haftung diszipliniertes Renditestreben. Haftung ist konstitutives Merkmal einer marktwirtschaftlichen, kapitalistischen Ordnung. Der neo- oder ordo-liberale Ökonom Walter Eucken führte hierzu 1950 aus: „Wer den Nutzen hat, muss auch den Schaden tragen …. Investitionen werden umso sorgfältiger gemacht, je mehr der Verantwortliche für diese Investitionen haftet. Die Haftung wirkt insofern also prophylaktisch gegen eine Verschleuderung von Kapital und zwingt dazu, die Märkte sorgfältig abzutasten“. „Laissez-faire“ ohne Haftung ist eine Einladung zur Ausbeutung ungefragter Dritter. Das gilt auch für politisches Handeln. Jetzt muss es auch darum gehen, dem „Laissez-nous-faire“ der Geld- und Fiskalpolitik entgegenzuhalten: „C’est fini“!

„Die Marktwirtschaft macht sich nicht selbst zum höchsten Ziel, sondern sie gibt Menschen die Möglichkeit, ihre eigenen Werte und Prioritäten, so Wilhelm Röpke, „Jenseits von Angebot und Nachfrage“ selbst zu verwirklichen. Die Väter der sozialen Marktwirtschaft waren vom Christentum geprägt. Ziel der wirtschaftlichen Ordnung soll der Mensch sein. Alexander Rüstow hat diese Letztausrichtung wie folgt beschrieben: „Wir sind der Meinung, dass es unendlich viele Dinge gibt, die wichtiger sind als Wirtschaft: Familie, Gemeinwohl, Staat, alle sozialen Integrationsformen überhaupt bis hinauf zur Menschlichkeit, ferner das Religiöse, das Ethische, das Ästhetische, kurz gesagt das Menschliche, das Kulturelle überhaupt. Alle diese großen Bereiche ... sind wichtiger als die Wirtschaft, aber sie alle können ohne die Wirtschaft nicht existieren. Für sie alle muss die Wirtschaft das Fundament, den Boden, bereiten. Primum vivere deinde philosophari. Wenn die Wirtschaft nicht dafür sorgt, dass die materiellen Grundlagen eines menschenwürdigen Lebens gegeben sind, können alle diese Dinge sich nicht entfalten.“

Neoliberalismus, neoliberale Politik, das sind heute sozialistische Kampfbegriffe, die mit der ursprünglichen Bedeutung nichts gemein haben.

..4

Wie Sie unserem Koalitionsvertrag entnehmen können, ergreifen wir effektive Maßnahmen, um die in der Geschichte der Bundesrepublik einmaligen Finanz- und Wirtschaftskrise rasch zu überwinden und gestärkt aus ihr hervorzugehen. So werden wir auch dafür sorgen, dass den Menschen mehr Netto vom Bruttoeinkommen bleibt. Wir verstehen Steuerpolitik als Wachstumspolitik, denn wir wissen, dass Basis aller Staatsfinanzen die Arbeit der Bürger unseres Landes und die wirtschaftlich erfolgreichen Unternehmen sind. Mehr finanzieller Spielraum ist Voraussetzung für mehr Konsum und mehr Investitionen. Zusätzlich zu einem Sofortprogramm mit krisenentschärfenden Maßnahmen bereits zum 1. Januar 2010 werden wir zu den ebenfalls schon zum 1.Januar 2010 beschlossenen Entlastungen in der Lohn- und Einkommensteuer in Höhe von rund 14 Milliarden Euro (erweiterte Absetzbarkeit der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge und Einstieg in die Beseitigung der kalten Progression) außerdem den Kinderfreibetrag auf 7.008 Euro und das Kindergeld um je 20 Euro erhöhen. Insgesamt führt dies in 2010 zu einer Entlastung von rd. 22 Mrd. Euro.

Darüber hinaus haben wir das Ziel insbesondere die unteren und mittleren Einkommensbezieher vorrangig zu entlasten und gleichzeitig den Mittelstandsbauch abzuflachen. Speziell mit dieser Maßnahme wird es uns dann auch gelingen, die sog. kalte Progression spürbar abzumildern. Diese Maßnahme wollen wir schon für 2011 vornehmen. Damit sind weitere Entlastungen von insgesamt rd. 20 Mrd. Euro vorgesehen.

Ich bin deshalb davon überzeugt, dass all diese steuerlichen Maßnahmen zu mehr Wachstum führen und dazu beitragen, dass wir die aktuelle Krise rasch überwinden werden.

Mit freundlichen Grüßen